

## EK Jahreswachstumsbericht 2013 (Annual Growth Survey, AGS)

### Kernbotschaften

- Grundsätzlich begrüßt Österreich, dass die fünf Prioritäten der letztjährigen AGS beibehalten wurden.
- Wir begrüßen auch die deutlich frühere und gleichzeitige Übermittlung des Frühwarnberichtes sowie die Vorschläge der Kommission für eingehende Bewertungen der Ländersituationen. Die Umsetzung dieser Instrumente und ihre Sichtbarkeit im Rahmen des der Europäischen Semesters sind essentiell. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass dem Abbau von internen und externen Ungleichgewichten, der Stabilität des Finanzsektors und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden
- Die frühzeitige Beteiligung der europäischen Sozialpartner bei der Vorbereitung des AGS wird ausdrücklich begrüßt.
- Differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung im Einklang mit EU-Gesetzgebung sowie der Abbau der Staatsverschuldung muss fortgesetzt werden. Bessere Prioritätensetzung innerhalb der öffentlichen Haushalte ist eine große Herausforderung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Konsolidierungsanforderungen muss vermehrter Spielraum für die öffentlichen Haushalte auch über erhebliche Steigerung der Effektivität und Wirksamkeit erreicht werden.
- Wir begrüßen die Betonung einer wachstumsfreundlichen und sozial gerechten Konsolidierung. Dabei begrüßen wir auch die prominente Rolle, die der Förderung der Beschäftigung - insbesondere die Beschäftigung von Jugendlichen - in der AGS 2013 eingeräumt wird. Vor allem ist das klare Bekenntnis zur Einführung einer europaweiten Jugendgarantie als eine wichtige Errungenschaft hervorzuheben.
- Kritisch anzumerken ist, dass im Hinblick auf die soziale Eingliederung und die Bekämpfung der Armut nicht auf die notwendige **Überwachung** der sozialen Auswirkungen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingegangen wird.
- Ein Auslaufen der Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut sollte, sobald sich der

Arbeitsmarkt erholt hat, im Lichte der Erreichung der Europa-2020-Ziele entsprechend beurteilt werden.

- Die AGS sollte in Zukunft auch eine stärkere Betonung auf die wichtigen Bereiche Forschung, Innovation und Bildung legen, um auch deren Beitrag zur Errichtung der EU-2020-Ziele sicher zu stellen.
- Ausdrücklich begrüßt wird der Umstand, dass die AGS 2013 zum ersten Mal einen Anhang über den Binnenmarkt enthält.
- 
- Die Bedeutung der KMU als Motor des Wachstums sollte nicht nur durch die Wiederherstellung der normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft erreicht werden, sondern auch in einer horizontalen Weise (erleichterter Zugang zu Finanzierung und Wissenschaft + Forschung) gefördert werden.

## Überblick

Der am 28.11. 2012 von der EK angenommene Jahreswachstumsbericht 2013 definiert *Wege zu einer nachhaltigen Erholung*, und leitet damit den neuen Zyklus des Europäischen Semesters 2013 ein. Im Jahreswachstumsbericht vermittelt die EK ihre Sicht der wirtschaftspolitischen und sozialen Prioritäten für das kommende Jahr. Der Bericht soll den MS Anhaltspunkte geben, wie sie Wachstum und Beschäftigung im Einklang mit der langfristigen Wachstumsstrategie Europa 2020 fördern können. Er leitet das Europäische Semester ein, d. h. den Zyklus der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung, in dem die nationalen politischen Konzepte gemeinsam überprüft und auf EU-Ebene bestätigt werden sollen, um sicherzugehen, dass alle MS in die gleiche Richtung gehen. Der Jahreswachstumsbericht gilt für die gesamte EU und wird im weiteren Verlauf des Europäischen Semesters in länderspezifische Empfehlungen einfließen. Dies ist der dritte Jahreswachstumsbericht seit Einführung des Europäischen Semesters im Jahr 2010.

Der Wirtschaftsausblick sieht für **2012** eine insgesamt fragile Situation (Wachstum  $\pm 0,3\%$  EU-27 und  $0,45\%$  Euro-Zone), für 2013 ist von einer weiterhin prekären Situation mit teilweise positiven Entwicklungen auszugehen. Letztere umfassen eine Rückführung der makro-ökonomischen Ungleichgewichte, eine Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit in Teilen von Europa, eine zunehmende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, und eine schrittweise Stabilisierung der Finanzmärkte. Als **bedeutende ergriffene Maßnahmen 2012** werden die erfolgte Einrichtung des EMS, die Annahme des Wachstums- und Beschäftigungspaktes (Maßnahmen von Binnenmarkt bis Kohäsionsmittel) und EK-Vorschläge zur Verbesserung der Energiemärkte sowie einer Neuausrichtung der Industriepolitik, neue Regeln für Wirtschaftsführung (six-pack und two-pack), EZB-Finanzstabilisierungsmaßnahmen beschrieben; für **2013** stehen die Entscheidung zum MFR 2014-20 sowie die Einrichtung eines genuinen ERMU-Regimes an.

Hauptaussagen verweisen auf die eingeleiteten notwendigen und zum Teil sehr umfassenden Strukturreformen in Folge der Wirtschafts- und Währungskrise, deren Weiterführung bzw. Reformenerfolg essentiell sind für eine Trendwende. Die **wichtigste Botschaft** in diesem Zusammenhang beinhaltet die klare Feststellung, dass trotz erster Erfolge der EU-Politik (i.e. sinkende Haushaltsdefizite, nachlassende Spannungen auf den Finanzmärkten und erster Anzeichen für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in einigen MS) die Reformen weitergehen müssen, um nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu

schaffen. **Fünf prioritäre Ziele analog den Zielvorgaben 2012** sollen die MS durch die Krise zurück auf den Wachstumspfad führen; diese umfassen:

- Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und morgen
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen

Jede dieser Prioritäten zielt auf die **Erzeugung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unter dem Aspekt sozialer Fairness** ab. Es wird keine allgemein gültige Patentlösung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung moniert, sondern eine gemeinsame Ziele und eine Palette an möglichen Reformen unterstützt. Die gezielte Forschungsförderung im öffentlichen und privaten Sektor, bessere allgemeine und berufliche Bildungssysteme, die das allgemeine Qualifikationsniveau anheben, und einfachere Rechtsvorschriften zur Erleichterung von Unternehmensgründungen werden als Katalysatoren für erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und damit auch erhöhtes Wachstum gesehen. Der Binnenmarkt und der Ausbau der netzgebundenen Industrien (Verkehrs-, Energie- und Internetinfrastruktur) sollen zusätzliche Möglichkeiten und Chancen für Unternehmen und VerbraucherInnen erbringen.

Wichtige **Elemente und Zielsetzungen 2013** umfassen die Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspakts (Einsatz aller verfügbaren Wachstumshebel), Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit von über 25 Millionen Menschen (Herbeiführung einer beschäftigungswirksamen Erholung, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Förderung der sozialen Inklusion), Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit von 50% in vielen Ländern (EK-Aktionsteams in 8 am Meisten betroffenen MS, Umlenkung von EU-Fördermitteln in Ausbildungs- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen für Jugendliche, „Ausbildungsgarantien“ zu entwickeln, Vorlage eines EK-Maßnahmenpakets am 5.12. zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit), und verstärkter Schutz schwacher Mitglieder der Gesellschaft (Senkung von Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen, vereinfachte Arbeitsgesetzgebung, Entwicklung flexibler Beschäftigungsregelungen, erhöhte Wirksamkeit der Sozialschutzsysteme). Als **nächste Schritte** sollen in naher Zukunft die zuständigen Ratsformationen den Jahreswachstumsbericht erörtern und dem ER auf seiner Märztagung Bericht erstatten zwecks Annahme entsprechender politischer Leitlinien für die MS. Diese Leitlinien sollen in die Nationalen Reformprogramme der MS übernommen werden, die der Kommission im April 2013 vorgelegt werden. .

- **Empfehlung 1: Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung**

Angesichts der erfolgten Erhöhung der Staatsschuldenquote von 60% auf durchschnittlich 90% in der Eurozone wird eine dringende Rückführung angeraten, um die nationalen Sozialsicherheitssystem und das öffentliche Auftragswesen zu erhalten, niedrigere Zinsen für Neuverschuldung, und negative Effekte für die Realwirtschaft zu vermeiden. Anerkannt wird ein differenzierter Budgetkonsolidierungskurs der MS verschiedenen wachstums- und beschäftigungsrelevanten Anreizen. **Ausgabenseitig** wird Betonung auf Investitionen in Erziehung sowie R+D und auf eine Modernisierung der Sozialsysteme, **einnahmeseitig** auf steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, zusätzliche Steuereinnahmen durch eine verbreiterte Steuerbasis (Schließung von Steuerlücken anstelle von Steuererhöhungen), die Ausrichtung des Körperschaftsteuersatzes auf Fremdfinanzierung reduziert werden, und eine Reform von Grundstücks- und Wohnwirtschaftssteuer zur Vermeidung von Blasen umgesetzt werden.

- **Empfehlung 2: Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft**

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Finanz- und Kapitalmarkt haben den Finanzmittelzugang für öffentliche als auch private Investoren erschwert, sodass entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen sind. Vorschläge umfassen für die **EU-Ebene** eine Analyse der Risiken des Bankensektors, neue Bankkapital und -Liquiditätsvorschriften, genaue Überwachung der Risiken öffentlicher und privater Schuldenaufnahme, und die Einrichtung einer Bankenunion mit einem einheitlichen Überwachungsmechanismus. Auf **nationaler Ebene** wäre an Erschließung neuer Kapitalquellen, Reduktion später Zahlungen durch öffentliche Behörden, Entwicklung der Rolle öffentlicher Banken und Garantieinstitutionen für finanzielle Unterstützung für KMUs, innovative SME-Finanzierungsschemen, und einen ausgeglichenen Ansatz im Fall des Aussetzens von Baufinanzierung. **EU-Finanzmittel** sollten entsprechend eingesetzt werden im Sinne von zusätzlichen € 10 Mrd. zu den geplanten € 50 Mrd. für die nächsten 3-4 Jahre, die Entwicklung von Projektanleihen, und die anderweitige Verwendung von Strukturmitteln für KMU-Förderungen. Dabei sollten MS entsprechende Angaben in ihre NRP aufnehmen bzw. sollte das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stärker genutzt werden.

- **Empfehlung 3: Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und morgen**

Die Krise verstärkt Veränderungen des Wirtschaftsgefüges im Sinne von Problemen sowohl für traditionelle Sektoren besonders betroffen und Markteintrittsprobleme für neue Sektoren, die neben Neustrukturierungen aufgrund Langzeitentwicklungen treten. Der Bericht unter dem Warnmechanismus zeigt deutlich die Verschiebungen, wobei MS unter Marktdruck trotz bereits erfolgter Umstrukturierungen weitere Strukturreformen vornehmen müssen. Während kein Konzept für alle MS gegeben ist („no one-size-fits-all“), sollten eine Reihe von Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene umgesetzt werden, zielgerichtete Investitionen in Innovationen, neue Technologien und R+D, besseren Output des Erziehungs- und Trainingssektors, Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (weniger formelle Marktzugangsbedingungen; vereinfachte Berechtigungserteilung; Lizenz- und Steuervollzugsvorschriften; allgemein vereinfachter Verwaltungsaufwand), und die Realisierung des Potentials der Grünen Wirtschaft (Setzung vorhersehbarer Rahmenbedingungen; Promotion neuer Technologien; ambitioniertere Energieeffizienzprogramme). Weiters wären die Möglichkeiten des Binnenmarktes gerade im **Dienstleistungssektor** verstärkt wahrzunehmen (Eliminierung verbliebener Restriktionen auf Basis von Nationalität oder Wohnsitz; Überprüfung von Berufszugangsbedingungen inklusive Fixentgelte und Begrenzungen gewerblicher Strukturen und Kapitaleigentumsstrukturen; Vermeidung von Doppelregelungen und transparente Entgelte für Gesundheitsleistungen; verbesserter Wettbewerb im Handelsbereich). Weiters sollten **Netzwerkindustrien** entsprechende Anstoßwirkungen mittels verbesserter Rahmenbedingungen (Anreize für nationales Hochgeschwindigkeitsinternet und mobilen Datenverkehr; volle Umsetzung des dritten Energiepaktes mittels Unabhängigkeit und entsprechender Autorität der Aufsichtsbehörden; raschere Umsetzung des Single European Sky mittels verringerter Fragmentierung des Luftkontrollmanagements und verbesserter Organisation des Luftraums; EU-weite Ausschreibung nationaler Eisenbahnmärkte mittels Zugangsgleichheit im Infrastrukturbereich; bessere Integration von Häfen in die Logistikkette; Abbau verbliebener Cabotagebeschränkungen; Anwendung harmonisierter Regelungen betreffend Transparenz und Informationserfordernissen in Zusammenhang mit der E-Kommerz-RL) aufweisen können. Weiters könnten **Produktmärkte** verbesserte Leistungen zeigen auf Basis der Umsetzung EU-weiter Zielsetzungen durch nationale Standardisierungsbehörden. Dabei sollten Notifizierungen technischer Regelungen für IKT-Produkte voll ausgeschöpft werden, um ihre Verbreitung am Binnenmarkt entsprechend zu erleichtern.



- **Empfehlung 4: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise**

Während der letzten 12 Monate hat sich die Zahl der Arbeitslosen in der EU um 2 Millionen auf mehr als 25 Millionen erhöht. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate in der EU beträgt 10,6% und in der Eurozone 11,6%. Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu, und ein von zwei Arbeitslosen ist mehr als ein Jahr ohne Arbeit gewesen. Die Situation zeigt große Unterschiede in den verschiedenen MS, und variiert zwischen 5% und 25% im nationalen Durchschnitt. Jugendliche sind besonders stark betroffen mit Jugendarbeitslosigkeitsraten von über 50% in einigen MS. Angesichts der langen Beschäftigungslosigkeit, des notwendigen Zeitaufwands von Strukturreformen und der Probleme der Jobsuche besteht das Risiko, dass eine strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit um sich greift. Keine kurzfristige und automatische Verbesserung kann erwartet werden, sodass sich in Verbindung mit der Bevölkerungsentwicklung (alternde Bevölkerung) ein umfassendes Problem für ganz Europa in Form zunehmender sozialer Exklusion und Verarmung stellt. Vor diesem Hintergrund werden eine **Reihe ambitionierter Maßnahmen** in der EU umgesetzt (flexible Arbeitsbedingungen, verringerte Abfertigungen bei Standardverträgen, erleichterte Entlassungsbedingungen). Gleichzeitig sind erhöhte Anstrengungen notwendig, die **Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu beseitigen** (steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, insbesondere bei Neuanstellungen; Vereinfachung des Arbeitsrechts im Sinne kurzfristiger und erhöht flexibler Anstellungsverhältnisse sowie Überprüfung der Höhe von Arbeitslosenbezügen; Überprüfung von Lohnvereinbarungen insbesondere infolge von Indexierung und verbesserte Anbindung an Produktivitätssteigerungen; proaktive Arbeitsplatzschaffung in wachsenden Bereichen wie IKT, Grüne Wirtschaft und Gesundheit. Weiters sind MS aufgerufen, **verstärkt Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, erhöhter Beschäftigungschancen, und Berufszugang** (verstärkte öffentliche Anstellungen und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen inklusive Qualifikationsverbesserungen und Anreize für Unternehmertum; Reduktion der Schulabbrecherquote und erleichtertes Übergang von Schule mittels Qualitätstraining, Ausbildungsjobs, und duale Lernmodelle; Entwicklung und Umsetzung von Jugendgarantiesystemen für unter 25-Jährige mittels Anstellungsgarantien auf Basis Kofinanzierung des Sozialfonds; Erleichterung von Arbeitsmarktmitwirkung und -zugangs für Zweitverdiener; Verbesserung des Zugangs zu lebenslangem Lernen inklusive für ältere Arbeitnehmer; Verbesserung der Verbindung zwischen Erziehung-Lebenslangem Lernen und Arbeitsmarkterfordernissen etwa in Form kurzdauernder Zusatzqualifikationen (zwei Jahre); Unterstützung grenzüberschreitender Arbeitsmobilität mittels Abbau rechtlicher Hindernisse bzw. Berufsqualifikationserfordernissen sowie Zusammenarbeit der Arbeitsmarktbehörden) zu ergreifen. **Zwecks Verbesserung der sozialen Inklusion und Bekämpfung der Armut** sollten Strategien entwickelt werden, die auf gesichertes und adäquates Einkommen, Armutsbekämpfungsmaßnahmen inklusive Kinderarmut und Bereitstellung leistbarer Dienstleistungen in den Bereichen Sozial- und Gesundheitsdienste, Wohnen und Energieversorgung abstellen sollten. Weiters sollte die Verbindung zwischen sozialer Unterstützung und Aktivierungsmaßnahmen verstärkt werden durch verstärkt personalisierte professionelle Dienste („one-stop-shop“) und Arbeitsmarktzugang gefährdeter Gruppen.

- **Empfehlung 5: Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen**

Der Druck auf die öffentlichen Finanzen hat ein erneutes Momentum für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung gebracht. In der EU stehen öffentliche Ausgaben für beinahe 50% des BIP und der öffentliche Sektor zählt für 17% des Arbeitsmarktes. Über die Jahre haben MS, vor allem jene mit krisenhaften Entwicklungen, **Reformen zur Effizienzsteigerung und verbesserten Transparenz sowie Qualität öffentlicher Leistungen** ergriffen (Neuorganisation lokaler und regionaler Verwaltungen, Rationalisierung von Entgeltssystemen und des Managements verstaatlichter Betrieb, Ausgabenüberprüfungen, Reform öffentlicher Ausschreibungen, Maßnahmen zwecks Effizienzsteigerung wie gemeinsame Systeme und IT-Lösungen). Dabei konnten auch die EK und MS technische Zusammenarbeit umsetzen. Eine Reihe von Maßnahmen (wie etwa die volle und korrekte Umsetzung von EU-Gesetzgebung in Bereichen wie effiziente Steuer-

einhebung und Gesundheitssysteme sowie zeitgerechte öffentliche Leistungen und Entgelte) könne sehr positive Effekte aufweisen. **Eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen** (wirtschaftliche Haushaltsführung; Vereinfachung der regulatorischen Rahmenbedingungen; umfassende Digitalisierung und Interoperabilität der öffentlichen Verwaltung; Verbesserung der Qualität der Unabhängigkeit und der Effizienz der Rechtsprechung sowie rasche Umsetzung von Rechtsansprüchen; bessere Verwendung der EU-Kohäsionsmittel für verbessertes öffentliches Verwaltungsmaßnahmen) **kann starke wachstumsfördernde Wirkung** aufweisen.

### **Zusammenfassende Betrachtungen des EK-Jahreswachstumsberichtes**

Insgesamt wird eine schrittweise Erholung von der tiefsten finanziellen und wirtschaftlichen Krise der Wirtschaft im EU-Raum seit Dekaden gesehen, wobei diese in verschiedenen MS ein unterschiedliches Tempo aufweisen und umfassende Reformprozesse letztendlich belohnen sollte. Hand in Hand mit der Wirtschaftserholung wird eine neue Qualität von Wirtschaftswachstum Platz greifen, die insbesondere die globale Wettbewerbsfähigkeit der Union stärken sollte. Notwendige, nach wie gültige Schlüsselmaßnahmen betreffen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Wiederherstellung des Finanzsektors, die Vornahme tiefgreifender Strukturreformen, die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und des sozialen Umfeldes, sowie der Sicherzustellen effizienter öffentlicher Verwaltungen zwecks Durchsetzung notwendiger Maßnahmen.

### **Analyse**

Die fünf Empfehlungen sind ident mit jenen für 2012, und drücken damit deutlich aus, dass sich die makro-ökonomische Rahmenbedingungen sowie die nationalstaatlichen Aufgabenstellungen nur marginal von 2012 auf 2013 geändert haben. Dies zeigt deutlich die Tiefe der Krise, die Behändigkeit nationaler Verwaltungssysteme wie auch die Grenzen der marktinhärenten Instrumente auf, gleichzeitig ist damit auch politisch Kohärenz gegeben. Wirkliches Wachstums- und somit Veränderungspotential wird am Ehesten den expandierenden Wirtschaftssektoren (IKT, Gesundheit, Grüne Wirtschaft) in Zusammenspiel mit starker Erhöhung privater und öffentlicher Investitionen in Innovation, Technologie und R+D bzw. Erziehung allgemein sowie einer Effizienzsteigerung bzw. Verschlinkung des klassischen staatlichen Aufgabenbereiches gesehen.

6

Die bedenklichen sozialen Entwicklungen werden zwar konstatiert, dazu allerdings keine angemessenen Schwerpunktsetzungen vorgeschlagen. Auch eine integriertere Behandlung der Arbeitsmärkte erscheine wünschenswert. Zum Beschäftigungsmonitor ist aus österr. Sicht festzuhalten, dass das vorgelegte Benchmarking „work in progress“ darstellt, dem in der bestehenden Form nicht zugestimmt werden kann. Der EMCO hat die Debatte noch nicht beendet und sollte sich daher abschließend damit befassen bevor der Beschäftigungsmonitor um das Benchmarking ergänzt werden würde.

### **Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise werden maßnahmenseitig angesprochen**

- **Ausrichtung auf einen beschäftigungswirksamen Aufschwung** (steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Lohnbildungs-systeme und Produktivitätsentwicklung, Beschäftigungspotenzial von Wachstumsbranchen)
- **Förderung der Beschäftigungsfähigkeit insbes. von jungen Menschen** (Ausbau Vermittlung und aktive AMP, Übergang Schule-Job/Lehre und Praktika, Ausbildungs-garantie für Jugendliche unter 25, Erwerbsanreize für ZweitverdienerInnen, Aus- und Weiterbildung / LLL und AM-Bedürfnisse, Mobilität / Anerkennung / EURES)
- **Förderung der sozialen Eingliederung und Armutsbekämpfung** (aktive Eingliederung, Einkommenssicherung und Armutsbekämpfung, soziale DL, Sozialhilfe und Aktivierungsmaßnahmen).

Diese Auflistung bringt zum Ausdruck, dass neben der erwähnten Wiederholung der makro-ökonomischen Empfehlungen auch die Empfehlungen an die MS in Umsetzung ihrer

Nationalen Reformprogramme (NRP) 2013 sich erwartungsgemäß (und wie auch im Rahmen der ersten MS-EK-Konsultationen im Oktober d.J. zum Ausdruck gekommen) an den Vorgaben des Vorjahres orientieren bzw. diese wiederholen werden. Somit ist von keinen radikalen Neuerungen auszugehen, und damit der EU 2020 Prozess insgesamt in einer quasi-lethargischen Phase angekommen, sollten nicht die begleitenden und auch neuen Strukturmaßnahmen effektiv zum Einsatz gebracht werden.

### **Vergleichsbetrachtung OECD- Wirtschaftsausblick für 2013**

Laut dem von der OECD am 27.11. 2012 in Paris präsentierten halbjährlichen Wirtschaftsausblick wird sich die Weltwirtschaft 2013 nur zögerlich und ungleichmäßig erholen. **Europas Schuldenkrise werde die stärkere wirtschaftliche Dynamik in den USA und den Entwicklungsländern bremsen.** Die Weltwirtschaft werde um 3,4% wachsen – ein Anstieg im Vergleich zur Ziffer von 2,9 % für 2012. Die US-Wirtschaft werde 2013 um 2%, die Wirtschaft Japans um 0,7% wachsen. Ohne baldige politische Einigung über die Handhabung des Budgetdefizits könnten die USA allerdings in eine Rezession treiben. Für die **Eurozone** erwartet die OECD eine **Schrumpfung** von 0,4% und 0,1% für 2012 bzw. 2013. Die Arbeitslosenrate in Europa werde von 11,1% im Jahre 2012 auf 11,9% nächstes Jahr und 12% im Jahre 2014 ansteigen. Der OECD bereiten auch die kurzfristigen Austeritätsmaßnahmen in der Eurozone Sorgen. Sie empfiehlt der Europäischen Zentralbank eine Senkung des Zinssatzes, welcher derzeit 0,75% gegenüber 0,25% in den USA beträgt.

Die **Wachstumsprognose für Österreich** wurde nach unten revidiert. Die OECD erwartet für heuer ein Wirtschaftswachstum von 0,6% und für die beiden kommenden Jahre um 0,8% bzw. 1,8%. Die Inflation werde heuer bei 2,4 % liegen, was einen Rückgang gegenüber dem Wert von 3,6% im Jahr 2011 bedeuten würde. 2013 werde die Teuerung weiter auf 1,9% sinken. Dafür dürfte aufgrund der schwachen Konjunktur die Arbeitslosigkeit leicht ansteigen. Der von Österreich eingeschlagene Konsolidierungspfad sei angemessen, wobei nach wie vor gewisse fiskalische Risiken bestünden. Zusätzliche Bankenstützungen sollten so finanziert werden, dass sie die fragile Erholung nicht gefährden.

7

### **Zeitplan zum Ö-NRP**

Nach erfolgten zwei Gesprächsrunden mit EK-Vertretern auf Brüsseler Ebene (November 2012, Jänner 2013) ist von gleichlautenden österr. Zielvorgaben und damit entsprechender Programmfortschreibung ex 2012 auszugehen. Das nächste innerstaatliche Plattformtreffen in Vorbereitung des Ö-NRP 2013 wird am 13.2. 2013 unter Leitung des BKA stattfinden.